

Kernkraft? Nein Danke! Interview auf Spiesser.de

Interview mit Spiesser.de, 05.07.2012

Wissen wir Deutschen immer alles besser? Oder warum stehen wir mit den ehrgeizigen Ausstiegsplänen aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 fast alleine auf der Welt da?

Wir stehen nicht alleine da. Es gibt eine ganze Menge Länder, die sich jetzt nach Fukushima ebenfalls von der Atomkraft verabschiedet haben, wie zum Beispiel Italien, die Schweiz oder Belgien. Selbst in traditionell atomfreundlichen Ländern wie Frankreich fängt die Diskussion langsam an. Wenn man sich Japan ansieht, dann haben die jetzt fast den Atomausstieg geschafft.

Von 54 Atomkraftwerken ist zur Zeit nur noch eines am Laufen und das wird wahrscheinlich in den nächsten Wochen wegen Wartungen ebenfalls abgeschaltet. Dann ist Japan atomstromfrei.

Trotzdem gibt es weltweit immer noch über 430 aktive Kernkraftwerke, über 30 befinden sich im Bau. Ist es da als Grüne, als Kernkraftgegnerin, nicht sehr frustrierend, in der Politik aktiv zu sein?

Nein, denn der Trend geht weltweit in Richtung erneuerbare Energien. Die erneuerbaren Energien werden immer günstiger, Atomkraftwerke immer teurer. Viele Atomkraftwerke sind veraltet und werden in den nächsten Jahren abgeschaltet. Da glaube ich nicht, dass die Zahl der aktiven Atomkraftwerke groß steigen wird. Wahrscheinlich wird die Zahl stagnieren oder sinken, wohingegen die Erneuerbaren dramatisch wachsen werden.

Und von den Kraftwerken im Bau sind viele schon seit Jahrzehnten im Bau. Da bin ich mal gespannt, wie viele wirklich beendet werden. In Europa sind momentan nur zwei in Bau, je eines in Finnland und in Frankreich, und beide haben große Probleme. Die Bauarbeiten verzögern und verteuern sich massiv, das in Finnland zum Beispiel um über 50 Prozent. Die Mehrkosten belasten auch den deutschen Staatshaushalt.

Warum bezahlen wir ein Kernkraftwerk in Finnland?

Weil die Verträge so gemacht sind, dass die Baufirmen - bei uns Siemens und in Frankreich der staatliche Atomkonzern Areva - gesagt haben: Wir machen einen Festpreis. Weil es nun so viel teurer geworden ist, müssen die Unternehmen die Mehrkosten selbst tragen. Bei Siemens heißt das, dass nun die Steuern vermindert werden, weil die Gewinne sinken. Am Ende hat der deutsche Staat weniger Steuereinnahmen.

Sie als Grüne bedauern, dass die Kosten für ein Kernkraftwerk in Finnland steigen und die

Wirtschaft deshalb weniger Gewinn macht?

Nein, was ich sagen wollte ist: Wenn man sich auf das Abenteuer Atomkraft einlässt, geht man ein großes ökonomisches Risiko ein. Und im Moment zahlen das auch die deutschen Steuerzahler mit.

Dann bleiben wir doch mal bei den Kosten: Vorsichtige Schätzungen für den Rückbau eines Kernkraftwerkes liegen zwischen 670 Millionen und 1,2 Milliarden Euro für ein einziges Kraftwerk. Was glauben Sie, kommt da in den nächsten Jahren auf die deutschen Bürger zu?

Für den Rückbau haben die Atomunternehmen Rückstellungen gebildet. In den letzten Jahren hat das dazu geführt, dass sie dafür keine Steuern zahlen mussten und das Geld irgendwo im Ausland investiert haben. Wie man jetzt sieht, teilweise falsch. Deshalb haben E.ON und RWE im Moment große Verluste.

Aber die ganzen Kosten der Endlagerung sind noch nicht finanziell abgesichert – und das kann sehr, sehr teuer werden. Das sehen wir deutlich an den maroden Forschungslagern Morsleben und der Asse: In Morsleben werden wir wahrscheinlich zweieinhalb Milliarden Euro und in der Asse vier oder mehr Milliarden Euro zahlen müssen. Das wird am Ende vor allem der deutsche Steuerzahler zu zahlen haben. Und die Forschungslager sind nur kleine Atomlager gegenüber einem möglichen Endlager.

Wie soll man in Deutschland mit dem Atommüll weiter umgehen?

Wir müssen den besten Standort für ein Endlager in Deutschland finden. Wir Grüne sind zwar gegen die Atomkraft gewesen, haben immer dagegen gekämpft und sind auch immer noch dagegen, aber die Kraftwerke sind trotzdem gebaut worden und nun gibt es den Müll. Deshalb haben wir auch eine Verantwortung dafür. Wir können das nicht nach Afrika oder nach Russland in den Ural schicken, sondern wir müssen hier ein Endlager suchen. Ein solches Endlager zu schaffen, wird jedoch mehrere Jahrzehnte dauern.

Quelle: <http://www.baerbel-hoehn.de/?id=413890>

© Bärbel Höhn MdB 2017